

Einbindung von Migranten/innen und Migrantenorganisationen in operative Projekte der Stadt Frankfurt

Wie alle Großstädte der Bundesrepublik Deutschland unterliegt auch Frankfurt am Main aufgrund der Zuwanderung der letzten Jahrzehnte einem tiefgreifenden demographischen Wandel.

Noch immer ist Frankfurt am Main die deutsche Großstadt mit dem höchsten Ausländeranteil. Ca. 27% der Einwohner/innen (Stand: 31.12.2003)¹ haben nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Prozentual verringert sich der Ausländeranteil derzeit geringfügig aber stetig. Dies hängt zum einen mit dem im Jahr 2000 geänderten Staatsangehörigkeitsrecht zusammen – danach erhalten Kinder ausländischer Eltern, die acht Jahre rechtmäßig in der Bundesrepublik leben, qua Geburt neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit und werden in der Statistik als Deutsche gezählt – zum anderen mit Einbürgerungen. In den letzten Jahren wurden in der Stadt Frankfurt am Main ca. 20.000 Menschen eingebürgert. Jährlich kommen ca. 4000 Einbürgerungen hinzu. Ende 2003 hatten rund 44.000 Frankfurterinnen und Frankfurter neben der deutschen eine zweite Staatsbürgerschaft, das entspricht 7%². Ein gutes Drittel (34%) der Frankfurter Bevölkerung weist nach dem derzeitigen statistischen Kenntnisstand damit einen Migrationshintergrund auf. In dieser Zahl nicht berücksichtigt sind Aussiedlerinnen und Aussiedler, die in der Statistik als Deutsche gezählt werden. Der prozentuale Ausländeranteil gibt nur unvollständig Auskunft über den Zuwandereranteil der Bevölkerung Frankfurts bzw. über den Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund. Schätzungsweise haben in Frankfurt am Main inzwischen über 40% der Bürgerinnen und Bürger einen Migrationshintergrund. Die Vielfalt der Bevölkerung Frankfurts spiegelt sich auch in den inzwischen mehr als 140 religiösen Zuwanderergemeinden, darunter 32 Gemeinden islamischen Glaubens ganz verschiedener Richtungen.

Die Zuwanderer/innen unterscheiden sich nicht nur nach Herkunft und Religion, sondern auch durch ihren sozialen Hintergrund und ihre Lebensbedingungen. 30% kommen aus Industriestaaten. Sie haben, ebenso wie viele Einwanderer/innen der sog. zweiten und dritten Generation, eine höhere Bildung und sind in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur beschäftigt. Viele der Einwandererfamilien, die in den

60er und 70er Jahren in die Bundesrepublik Deutschland kamen, sind stark vom Strukturwandel im Beschäftigungssektor betroffen. In Frankfurt hat sich die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe zwischen 1990 und 2001 um 50% verringert. 41,6%³ der Ehen werden zwischen gemischt-nationalen Partnern geschlossen, mit steigender Tendenz, 31,7% beträgt der Anteil der Ehen zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen. Dies ist ein Hinweis auf den stark fortschreitenden Prozess ethnischer Vielfalt. Die Zuwanderer/innen, die nach Frankfurt kommen, arbeiten in qualifizierten Berufen, sind Studenten/innen und Praktikanten/innen, Kinder und Jugendliche, die zu ihren Eltern ziehen und nachziehende Ehepartner/innen, die aus Gründen der Familienzusammenführung kommen. Unbedeutend ist die Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden mit 750, die jährlich nach Frankfurt kommen. (Im Jahresdurchschnitt suchen derzeit ungefähr 35.000 Menschen Asyl in der Bundesrepublik Deutschland. Die Zahlen sind rückläufig.) Nach Schätzungen der Polizei leben zwischen 30.000 und 50.000⁴ Statuslose in Frankfurt am Main.

Zusammenarbeit mit Organisationen der Eingewanderten – Beratung, Förderung, Fortbildung

Die Zusammenarbeit mit Organisationen der Eingewanderten hat in der Stadt Frankfurt am Main Tradition. Folgende Rahmenbedingungen wirken sich günstig auf die Arbeit mit Vereinen und Initiativen aus:

- die systematische Beratung und (finanzielle) Förderung von ca. 150 Migrantenvereinen durch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten, die Fortbildung von Akteuren u.a. in Kooperation mit der Fachhochschule Frankfurt, ein Budget von 120.000 € jährlich für die projektbezogene Förderung von Vereinen
- die Förderung durch das Sportamt, das Amt für Wissenschaft und Kunst im Rahmen der Regelförderung
- die städtische Förderung von herkunftssprachlichem Unterricht, der von Zuwandererorganisationen im Rahmen ihrer Vereinsarbeit durchgeführt wird in nicht im schulischem Rahmen angebotenen Sprachen (z. B. Urdu, Farsi, Kurdisch, Chinesisch etc.), durch das Schulamt und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten. Die Unterstützung umfasst Logistik, Fortbildung und Beratung zu Finanzen.
- eine lange Tradition multikultureller Feste im Rahmen der Tage der offenen Tür im Zentrum der Stadt, wo sich bis zu 100 Vereine präsentieren

1) Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main, 2004

2) Magistratsbereich B 106 vom 31.01.2005, Aussagekräftige Statistiken: Menschen mit Migrationshintergrund

3) Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main, 2004

4) Polizeipräsidium Frankfurt am Main

- seit 2003 eine nichtkommerzielle Parade der Kulturen (Beteiligung der Schulen, der Vereine, auch klassische Frankfurter Vereine) und in diesem Rahmen ein Fest und Vereinspräsentation
- der Integrationspreis des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main, dotiert mit 15.000 €, für herausragende Leistungen von Vereinen und Einzelpersonen, der jährlich durch die Oberbürgermeisterin im Kaisersaal des Römers vergeben wird
- Empfänge des Magistrats für Migrantenvereine, die ein besonderes Jubiläum feiern
- Übernahme von Schirmherrschaften durch die Oberbürgermeisterin bei Festen der Vereine und Grußworte in den Festschriften
- zahlreiche Besuche des Dezernenten für Integration und der Amtsleitung des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten bei feierlichen Anlässen von Vereinen und religiösen Gemeinden
- langjährige Vermittlungstätigkeit des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten zwischen der „klassischen“ Verwaltung und Einwandererorganisationen (islamische Bestattung, Schächten, Ansiedlung und Bau von religiösen Zentren)
- Vermittlung von Vereinsräumen durch das Liegenschaftsamt
- Sonderkonditionen für die Anmietung von Räumen für Vereine bei der städtischen Saalbau GmbH

In 2004 hat das Amt für multikulturelle Angelegenheiten die Beratung von Migrantenvereinen und -organisationen aufgrund von Nachfragen und zahlreichen Neugründungen von Vereinen deutlich verstärkt. Das Amt ist im ständigen Kontakt mit über 200 ethnischen Gruppen und Organisationen und bietet Vereinen Unterstützung und Beratung bei der Vereinsgründung und der Veranstaltungsplanung, aber auch Qualifizierung und Fortbildung u.a. in Zusammenarbeit mit der Frankfurter Fachhochschule an. Die Entwicklung dieses Arbeitsbereichs ist hoch dynamisch. Die seit der Gründung des Amtes kontinuierliche Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen hat einerseits eine solide Vertrauensbasis hergestellt, auf der Vermittlung und Unterstützung selbstverständlich abgerufen werden, andererseits zeigt sich in den verstärkten Vereinsaktivitäten aber auch ein gewachsenes Selbstbewusstsein der Einwanderer/innen, die beanspruchen für sich selbst zu sprechen und zu handeln. Jedenfalls ist hier ein Prozess zu beobachten, der neu zu bewerten ist. Dies gilt sowohl für die inzwischen fast 30 Vereine, die für ihre Kinder am Wochenende ehrenamtlich herkunftssprachlichen Unterricht organisieren, als auch für die Organisationen und Multiplikatoren aus

Vereinen, die in zahlreiche Projekte und Initiativen des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten als operative Partner eingebunden sind (Sprach- und Orientierungskurse, ältere Migranten/innen, Gesundheitsprävention, Gesundheitsberatung für afrikanische Familien im Stadtgesundheitsamt, Elternarbeit etc.).

Im Folgenden möchte ich drei Beispiele für die Einbindung von Vereinen bzw. Vereinsmitgliedern in operative Projekte und Aufgaben skizzieren:

Ausbildungsorientierte Elternarbeit – AOE

Eltern mit Migrationshintergrund, die mit dem hessischen Schul- und Berufsbildungswesen wenig vertraut sind, werden im Rahmen dieses Projekts informiert. Dies fördert die Kommunikation über Schule und Ausbildungsfragen in den Familien und unterstützt und stabilisiert die Kinder und Jugendlichen durch Einbindung ihrer Eltern in den Prozess der schulischen Bildung, Berufsorientierung und Ausbildung. Die mehrsprachigen Gesprächsleiter/innen, mit denen das Amt in diesem Projekt zusammenarbeitet, sind meist Mitglieder in Migrantenvereinen oder Herkunftssprachenlehrer/innen. Sie organisieren im Auftrag des Amtes Informationsveranstaltungen und Beratung für Eltern in den jeweiligen Herkunftssprachen. Die Elternveranstaltungen werden in 17 Sprachen durchgeführt.

Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten bietet dazu eine 12-teilige Schulungsreihe zu Fragen schulischer und beruflicher Ausbildung an. Den in dem Projekt mitarbeitenden Gesprächsleiter/innen wird projektbegleitend Fortbildung und Beratung angeboten sowie die Teilnahme an einer Arbeitsgruppe zum Austausch von Erfahrungen in der Elternarbeit. Die projektbegleitende Fortbildung befasst sich u.a. mit folgenden Themen: Identitätstheorien am Beispiel der Identitätsbildung jugendlicher Migranten/innen, Lernhilfe über das Jugendamt, Sonderschulen und Rücküberweisung an die Regelschulen, Hyperaktivität, Legasthenie, Erziehung zu Mehrsprachigkeit, Berufsberatung, Elternrecht/Elternvertretung, Methoden der Gesprächsführung, Vollzeitschulpflicht/Teilzeitschulpflicht, wenn der Hauptschulabschluss fehlt, Schuldnerberatung, geschlechtsspezifische Berufsentscheidung, Generationskonflikte, Erziehungsfragen, Erziehungshilfe, Bildungswege in Hessen, Hartz IV und Zuwanderungsgesetz und die Auswirkungen auf Migrantenfamilien. Ein spezieller Workshop widmet sich den Methoden der Vermittlung und behandelt das Thema: Wie gestalte ich einen Elternabend?

Inzwischen wurden vier Informationsfilme zu den Themen Schule und Ausbildung in sieben

Sprachen produziert. Sie werden als didaktisches Mittel in den Elternveranstaltungen eingesetzt und sind ein Produkt der Gesprächsleiter/innen, die die Texte und Übersetzungen erstellt und Rollen in den Filmen übernommen haben.

Wie sinnvoll und notwendig das Projekt ist, zeigen die Erfahrungen mit den Eltern. Vielen fehlt es an grundlegenden Informationen über das Schul- und Berufsbildungswesen und an Strukturkenntnissen:

- In den Herkunftsländern dieser Eltern gibt es meist ein eingliedriges Schulsystem, sehr häufig wird deshalb das hiesige Schulsystem nicht durchschaut.
- Elternrechte sind weitgehend nicht bekannt.
- Es ist weitgehend unbekannt, was in der Schule gelernt wird und was die Noten ausagen.
- Die Wichtigkeit von Schulabschlüssen für Beruf und Studium ist häufig nicht bekannt, ebenso die Vielfalt der Ausbildungsberufe.
- Die Eltern wissen oft nicht, an wen sie sich wenden können, wenn ihr Kind Nachhilfeunterricht benötigt oder sie Hilfe in Erziehungsfragen suchen.
- Ein Teil der Eltern hat kaum oder gar keinen Kontakt zur Schule. Gerade auch diese Eltern sollen über Migrant*innenvereine erreicht werden.

Besonders aufgeschlossen für Information und Beratung in Bildungsfragen sind Eltern nach unseren Erfahrungen:

- nach der Einreise
- nach der Aufforderung zum Sprachtest der Kinder und zur Einschulung
- vor der Entscheidung für eine weiterführende Schule nach dem 4. Schuljahr
- in der Berufsorientierungsphase in den letzten Schuljahren
- in Konfliktfällen

Das AOE-Projekt ist ein Projekt im Wandel, es startete 1997 in Zusammenarbeit mit zwei Migrant*innenvereinen. Inzwischen ist ein Netzwerk von fast 60 Multiplikator*innen und Multiplikatoren aus Mitgliedern von Vereinen und Herkunftssprachenlehrern entstanden. Die Arbeit der Gesprächsleiter/innen wird honoriert.

Interkulturelle Rentenberatung

Während die Migrationssozialdienste über einen hohen Bekanntheitsgrad und hohe Akzeptanz verfügen, gibt es zu den Regeleinrichtungen der Altenhilfe kaum Berührungspunkte. Durch die interkulturelle Öffnung von Regeleinrichtungen sowie die Bereitstellung von herkunftssprachlichen Informationen in den Ämtern und Behörden lassen sich sprachliche

Zugangs- und Nutzungsprobleme entschärfen, durch Vernetzung der Migrationsdienste mit den Regeleinrichtungen der Altenhilfe lässt sich der Zugang zu den Altenhilfeangeboten strukturell verbessern. Die Migrationssozialdienste und -selbstorganisationen können hier eine Brücken- und Vermittlerfunktion übernehmen. Die wenigen institutionellen Kontakte der Migrant*innen müssen durch systematische und gezielte Aufklärung und Informationsvermittlung genutzt werden. Ein Schritt zur Verbesserung der Beratung, verbunden mit strukturellen Veränderungen und Qualifizierungsmaßnahmen, ist das Projekt Interkulturelle Rentenberatung in Zusammenarbeit mit der Landesversicherungsanstalt (LVA) Hessen, dem Versicherungsamt der Stadt Frankfurt am Main sowie Migrant*innenvereinen und religiösen Gemeinden. Das Beratungsangebot richtet sich überwiegend an vor dem Rentenalter stehende Arbeitsmigrant*innen und -migrant*innen aus den ehemaligen Anwerbeländern.

Die Besucherstatistik der Landesversicherungsanstalt (LVA) Hessen, Auskunfts- und Beratungsstelle Frankfurt am Main, bestätigt einen hohen Beratungsbedarf der ausländischen Bevölkerung. Der Anteil ausländischer Ratsuchender an den Gesamtberatungen bewegt sich zwischen 45% und 50%. Bereits eingebürgerte Personen sind hierbei nicht berücksichtigt. Auch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten wird zunehmend von ausländischen Ratsuchenden in Rentenfragen aufgesucht, die bedingt durch Sprach- und Verständigungsprobleme große Schwierigkeiten bei der vollständigen Vorlage aller benötigten Rentenantragsunterlagen haben.

Folgende Schritte in Richtung einer nachhaltigen Struktur wurden gemacht:

Vertreter*innen der Frankfurter Migrant*innenvereine und Gemeinden, die ehrenamtlich muttersprachliche Information, Beratung und Hilfe in Rentenfragen leisten, werden durch die Landesversicherungsanstalt (LVA) regelmäßig geschult. Vertreten sind folgende Muttersprachen: Arabisch, Bosnisch, Berberisch, Englisch, Eritreisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Kroatisch, Mazedonisch, Serbisch, Slowenisch, Spanisch und Türkisch.

Das Versicherungsamt hat als zusätzliche Dienstleistung der Stadt Frankfurt für die Frankfurter Bürger*innen und Bürger bei der Rentenantragstellung im Frühjahr 2004 umstrukturiert und drei seiner Mitarbeiter*innen für die Bearbeitung von Rentenanträgen der älteren Migrant*innen und Migrant*innen abgestellt.

Diese Strukturen entstehen nicht von selbst, sondern bedürfen professioneller Initiatoren*innen und Verantwortlicher, die den Dialog und die Zusammenarbeit moderieren und vo-

ranbringen. Um die Vernetzung zwischen dem Versicherungsamt, der LVA und den Migrantenorganisationen herzustellen, wurden Informationsveranstaltungen für die Teilnehmer/innen der Schulungen durchgeführt. Im direkten Gespräch mit den Mitarbeitern/innen des Versicherungsamtes und der LVA lernten sie die Institutionen und ihre Aufgaben kennen.

Die für die Rentenansprüche von älteren Migrantinnen und Migranten zuständigen Berater/innen der LVA Hessen sowie des Versicherungsamtes stehen den herkunftssprachlichen Helferinnen und Helfern als Kontaktpersonen zur Verfügung. Andererseits ziehen bei Verständigungsschwierigkeiten mit den Rentenantragstellern die Rentenberater/innen der LVA Hessen und des Versicherungsamtes herkunftssprachliche Vermittlerinnen und Vermittler hinzu. Diese Verfahrensweise hat sich bewährt. Das Angebot wird zwischenzeitlich in großem Umfang genutzt.

Die LVA Hessen, das Versicherungsamt und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten haben darüber hinaus schriftliche Informationen zu den Dienstleistungen der Institutionen mit wichtigen Adressen und Hinweisen zur Rentenantragstellung in acht Sprachen verfasst. Die Partner sind sich über die Notwendigkeit der Fortsetzung des Projektes einig und haben bereits weitere Schulungen geplant.

Darüber hinaus ist vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 deutlich geworden, dass ein enormer Informationsbedarf in den Bereichen Arbeitsmarktreform und ältere Arbeitnehmer/innen, Zuwanderungsgesetz und Integrationskurse besteht. Hierbei handelt es sich neben allgemeinen Fragestellungen vor allem um Probleme, die in besonderer Weise ältere Migranten/innen betreffen. Um diesem Informationsbedarf zu entsprechen, wurde mit Schulungen und Informationsveranstaltungen unter Berücksichtigung der Situation älterer Migranten/innen begonnen.

Sprach- und Orientierungskurse für Neuzugewanderte

(Orientierungskurse in der Herkunftssprache)

Mit der Entwicklung herkunftssprachlicher Orientierungskurse im Rahmen des Modellprojekts Sprach- und Orientierungskurse für Neuzugewanderte betrat das Amt für multikulturelle Angelegenheiten Neuland. Kernstück des Modells war ein offenes Curriculum, dessen wesentliches Element die Weiterentwicklung durch die Orientierungskursleiter/innen war.

Die Kursleiter/innen sind Personen mit Migrationshintergrund. Sie haben gute Kenntnisse einer Herkunftssprache und verfügen über gute Deutschkenntnisse. Diese sind Vorausset-

zung für die Zusammenarbeit mit den Projektmitarbeitern/innen im Amt für multikulturelle Angelegenheiten, die Mitwirkung am offenen Curriculum, die Ausarbeitung von Unterrichtsentwürfen, die begleitende Projektevaluation und die Teilnahme an den eigens durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen. Die Orientierungskursleiter/innen haben zudem eine pädagogische Ausbildung oder Lehrerfahrung im weitesten Sinn bzw. Erfahrung in der Arbeit mit Gruppen und leben seit längerer Zeit in Frankfurt am Main bzw. im Rhein-Main-Gebiet, da die Orientierungskurse inhaltlich insbesondere auf die Aufnahmekommune Frankfurt ausgerichtet sind.

Unter diesen Voraussetzungen sind sie quasi Expertinnen und Experten des Ankommens in Frankfurt. Dieser Aspekt ließ in mehrfacher Hinsicht eine hohe Akzeptanz durch die Kursteilnehmer/innen erwarten. Die Kursleiter/innen sind als konkrete Personen erfolgreiche Beispiele für den Integrationsprozess. Sie sind als Bürger/innen der Stadt Frankfurt gleichzeitig deren Repräsentanten/innen, also Frankfurter/innen und verkörpern die multikulturelle Realität der Stadt.

Die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Projekts, die von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung⁵ durchgeführt wurde, sollte ergründen, wie dieses Angebot von den herkunftssprachlichen Kursleitern/innen und den Kursteilnehmern/innen erlebt wurde. Die Interviews mit den Kursleitern/innen belegen die aus der Sicht der Interviewten gelungene Konstruktion des Projekts. Alle interviewten Kursleiter/innen sind mit der Einbindung ihrer Aufgabe in die Integrationsbemühungen der Stadt Frankfurt sehr zufrieden. Das Curriculum – verstanden als offenes Orientierungsangebot an die Kursleiter/innen – wird insgesamt als eine sehr gute Grundlage für die Kursarbeit beurteilt.

Eine Problemlinie besteht in der mehr oder weniger weit fortgeschrittenen eigenen Integration der Kursleiter/innen und in der jeweiligen Rückbindung an die Herkunftskultur, der sie in den Migranten/innen vor ihnen wieder begegnen. Vor allem in Spannungen zwischen der Rolle in der Herkunftskultur und der neuen Rolle in der Aufnahmegesellschaft können sich Irritationen darüber einstellen, welches denn die Ziele von Integration sein sollen und wie die Beziehungen der Lerngruppe gestaltet werden könnten. Dies können Überanpassungsversuche oder das Festhalten an traditionellen Verhaltensregeln des Herkunftslandes, aber auch Spannungen gegenüber Rassismus in der Teilnehmergruppe und Rollenvorstellungen sein, die die Kursleiter/innen im Verlaufe ihrer Einwanderung abgelegt hatten.

5) Christian Büttner, Thomas Kunz, Helga Nagel: Ankommen in Frankfurt. Orientierungskurse als kommunales Angebot für Neuzuwanderer. Hrsg.: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main, HSFK-Report 8/2004

Das Potential der Gruppe der Kursleiter/innen besteht vermutlich gerade in der Handhabung dieser Spannungen, weil sie die Integrationsprobleme anhand der Auseinandersetzungen zwischen der Herkunftsidentität und dem Problem, sich mit neuen Identitätsanforderungen auseinander zu setzen, zu Tage bringen. Man kann nach den Interviews davon ausgehen, dass mit den Kursleitern/innen kompetente Partner/innen gefunden wurden, um die curricularen Fragen entlang einer solchen Auseinandersetzung zu bearbeiten.

Aus ihrer eigenen Erfahrung als „Ausländer/in“, Migrant/in oder jemand, die/der in einer Migrantenfamilie in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen ist, bestand und besteht bei den Orientierungskursleitern/innen ein tiefes Wissen um die Anfangsprobleme der Neuzugewanderten. Aufgrund dieses Wissens, gepaart mit dem Eingebundensein in eine Projektorganisation eines städtischen Amtes und einen curricularen Rahmen, können sie als Kursleiter/in realisieren, was ihnen die Neuankömmlinge abverlangen. Sie haben dafür gesorgt, dass die Teilnehmer/innen sich erst einmal „sicher fühlten“ und „wohl fühlten“ und dann in dem Maße informiert wurden, wie es aus ihrer Sicht und der Sicht einer Kommune für einen Anfang angemessen ist.

Die Kursleiter/innen waren sich darin einig, dass ihre Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Integration von Neuzugewanderten darstellt. Selbst Migranten/innen, bringen sie ihre unterschiedlichen Erfahrungen mit ihren eigenen Integrationserlebnissen in die (offene) Gestaltung von Orientierungskursinhalten ein. Bei der Anlage des Projekts war davon auszugehen, dass ihnen zu Beginn zunächst unklar ist, wohin „die Reise gehen soll“. Da es aber auch davon abhängt, in welchem Maße und wie sie selbst sich integriert fühlen, war es hilfreich, auf der Grundlage ihrer Erfahrungen und mit ihnen gemeinsam den Rahmen einer Didaktik der Orientierung weiter zu entwickeln. Die große kulturelle Vielfalt im Pool der Kursleiter/innen und auch die damit verbundenen Spannungen ließen eine produktive Auseinandersetzung über Herkunft und Integrationsnotwendigkeiten erwarten. Dazu trug bei, dass sie in einen hochgradig identitätsstiftenden professionellen Kontext eingebunden waren.

Die Teilnehmer/innen der Kurse waren ohne Ausnahme positiv von dem Angebot der Stadt Frankfurt am Main angetan. Dies drückte sich nicht nur durch die teilweise geäußerte Dankbarkeit gegenüber Kursleitern/innen und der Stadt aus, sondern zeigte sich auch im Detail in den Schilderungen der persönlichen Lebenserfahrungen. Besonders hervorzuheben ist dabei die Erfahrung, mit dieser Hilfe in der

Selbständigkeit gefördert zu werden, sich den Schwierigkeiten beim Ankommen in einer neuen Umgebung zu stellen. Da das Amt für multikulturelle Angelegenheiten eine städtische Behörde ist, konnten die Neuzugewanderten mit dem Angebot des Amtes zudem eine positive Ämtererfahrung in ihr alltägliches Leben mitnehmen.

Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes, das Orientierungskurse in deutscher Sprache am Ende der Integrationskurse vorsieht, ist das Frankfurter Modellprojekt zu Ende gegangen. Die Ergebnisse und Erfahrungen der Frankfurter Sprach- und Orientierungskurse, denen im übrigen eine herkunftssprachliche Information und Beratung vorausging, versucht die Stadt im Rahmen kommunal geförderter Integrationsmaßnahmen weiter zu nutzen.

Helga Nagel

Amt für multikulturelle Angelegenheiten
Frankfurt am Main
Walter-Kolb-Str. 9-11
60594 Frankfurt am Main
Fon: 069/212-38765
Email: helga.nagel@stadt-frankfurt.de